

Pulsnitzer Tageblatt

Feuilleton 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Ersteinst an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75
und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hanswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. B. Otto Dorn in Pulsnitz

Nummer 161

Mittwoch, den 14. Juli 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 81 des Handelsregisters, die Firma **Chr. Hempel's Witwe & Sohn**,
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in **Pulsnitz** betreffend, ist heute eingetragen worden:
Der Fabrikdirektor Heinrich Friedrich August Kössing in Pulsnitz
ist infolge Todes als Geschäftsführer ausgeschieden.

Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Gustav Fabian in Pulsnitz.
Die ihm erteilte Procura ist erloschen.

Amtsgericht Pulsnitz, am 13. Juli 1926.

Nußholzversteigerung. Staatsforstrevier Laufniz.

Mittwoch, den 28. Juli 1926, vorm. 1/9 Uhr im Ratskeller in
Königsbrück: 1126 Stk. w. Stämme 10/37 cm = 703 fm, 3 Stk. bi. Klöße

20/26 cm = 0,69 fm, 184 Stk. w. Klöße 13/29 cm = 39 fm; in den Abteilungen 48
und 66, 73 und 75 — Die Verkaufsbedingungen werden vor Beginn der Versteigerung
bekanntgegeben.

Forstamt Laufniz.

Forstkasse Dresden.

Am 17. Juli 1926, vormittags 9 Uhr soll ein

6-Siger-Auto (10/20 PS, Rex-Simplex),

gut überholt und fahrbereit, fast neu bereift, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung ver-
steigert werden.

Sammelort der Bieter: Finanzamt Kamenz, Zimmer 47a.

Der Vollziehungsbeamte des Finanzamts.

Das Wichtigste

Die Interalliierte Kontrollkommission hat an die Reichsregie-
rung zwei Noten gerichtet, in denen sie neue Forderungen
gestellt hat.

In London wurde das französisch-englische Schuldenabkommen
unterzeichnet. Frankreich erhielt einen erheblichen Schulden-
nachlaß.

In Venedig wurde in Anwesenheit des italienischen Königs ein
"Siegesdenkmal" errichtet. Deutsche Vertreter wurden zur
Teilnahme an der Feier gezwungen.

Der deutsche Botschafter von Hülshof hatte gestern nachmittag
eine Unterredung mit Briand. Die Unterredung knüpfte an
die letzten Besprechungen an, die der Botschafter mit Briand
und Berthelot über die Frage des besetzten Gebietes geführt
hatte.

Der Schweizerische Bundesrat genehmigte die Vollziehungsver-
ordnung zum neuen schweizerischen Zollgesetz, das am 1. Ok-
tober in Kraft gesetzt werden soll.

Aus allen Teilen des Deutschen Reiches werden zu dem vom
17. bis 25. Juli stattfindenden 16. Deutschen Bundeskongress
die Teilnehmer eintreffen, um auf 59 technisch vollkommenen
Bahnen (24 Bohlen-, 19 Asphalt-, 11 Scheren-, 2 Flitzer-,
2 Amerika- und 1 Herkulesbahn) im Welt-Kampf die
Kräfte zu messen.

Anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages ist ein Glück-
wunschtelegrammwechsel zwischen Hindenburg und Coolidge
erfolgt.

Seit Sonntag wüten in Sizilien, Calabrien und Neapel heftige
Witwelskämpfe, verbunden mit starken Wolkenbrüchen. Auch
aus Oberitalien, besonders in der Gegend von Florenz, wird
der Niedergang schwerer Wolkenbrüche gemeldet.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Vortrag.) Am Dienstag, abends 8 Uhr, fand
in Wenzels Gasthof, Pulsnitz M. S. ein weiterer Aufklärungs-vortrag der
Ortsgruppe des deutschen Sparerbundes Pulsnitz statt, welcher von
200 Personen aller Kreise besucht war und zu welchem Herr Synodus
Götting aus Leipzig gewonnen war. Von einer allmächtigen Inter-
essengruppe, betonte Redner, sei die Inflation zu deren Vorteil ge-
schaffen und getrieben worden, bis der Tiefstand der Mark am 21. No-
vember 1923 1 Billion betrug. Und wie viele Opfer dieses unheiligen
Zustandes haben die Entwertung durch Verzerrung zu beklagen und zu
tragen, namentlich der Mittelstand soll zu Grunde gerichtet werden.
Das Geld ist nicht weg, es ist nur verdrängt und befindet sich in
ganz amerikanischen Händen. Redner geißelte die Maximation des Reichs-
bankpräsidenten Schacht, welcher an der ganzen Katastrophe die Schuld
trage. Anstatt der wenigen Milliarden, die die Reichsbank auf Grund
des Goldbestandes ausgeben berechtigt war, habe man nach eigenen
Angaben Schacht's 127 Milliarden in Umlauf gesetzt, wozu dem Reichs-
bankpräsidenten noch der Prozeß gemacht würde. Führende deutsche
Männer, wie Oberlandesgerichtspräsident West haben sich des armen
deutschen Volkes angenommen und eine Bewegung ins Leben gerufen,
welche den deutschen Sparern zu ihrem Rechte verhelfen wollen. Es
wird eine in dem Volksbegehrgesetz, bei der Regierung niedergelegt,
50prozentige Aufwertung aller Werte verlangt und dies sei praktisch
zu ermöglichen. Die vielen interessanten Momente des Vortrages zu
belehren, ist der Raum zu knapp. Redner legte es allen Geschäftsgenossen
nahe, sich alle an den Sparerbund zu schließen, beim Volksbegehrgesetz
viel mehr Interessenten als beim Fürstentumsbegehrgesetz, wenn alle ihre
Pflicht tun, die von der Inflation geschädigt sind, müsse derselbe be-
stimmte Erfolg haben. Dann sei wieder Geld und Vertrauen im Volke,
viele fleißige Hände, die heute feiern müßten, hätten wieder Arbeit und
Brot. An einen wesentlichen Export sei wohl kaum in absehbarer
Zeit zu denken, aber im Inland sei Warenmangel, die Leute können
eben aus Geldmangel nicht kaufen, bei Aufwertung in der gerechten
Form von 50 Prozent würde sich die Volkswirtschaft wieder langsam
heben. Der Handwerker, Industrielle und Arbeiter würde wieder be-
schäftigt haben, denn bei dem jetzigen Zustande treiben wir dem Ab-
grunde zu. Das Märchen der Inflationsschwärmer, es höbe bei einer
höheren Aufwertung alles Wirtschaftsleben auf und es käme eine neue
Inflation ist eine Illusion erfunden, um die Aufwertung zu vereiteln.
Auch würde der Sparfuss wieder gehoben, die Sparfassen könnten wie-
der Geld leisten für das Wirtschaftsleben, daß namentlich das Bau-

Die Interalliierte Kontrollkommission stellt neue Forderungen

England gewährt Frankreich Schuldennachlaß — Ostpreußenfahrt des Reichsrats
Der spanische Diktator in Paris ausgepiffen — Ablösung der Länder- und Gemeindeanleihen

Der Versuch zur Beseitigung des Generals v. Seeckt

Berlin. Nach einer Meldung aus Brüssel hat General
Walch als Vorsitzender der interalliierten Militärkontroll-
kommission im Namen der Botschafterkonferenz der Reichs-
regierung neue Forderungen zur Entwaffnungsfrage über-
reicht, die sich besonders mit der Stellung des Generals
von Seeckt befassen. Diese Forderungen sollen darauf
hinzuliegen, daß einer der beiden Reichswehrgruppen-Kom-
mandeure zum Generalinspektur der Truppen ernannt wer-
den soll, was eine übergeordnete Stellung dem General von
Seeckt gegenüber darstellen würde.

In der Hauptsache beziehen sich diese Schriftstücke auf
militärtechnische Dinge, und es werden neue Forderungen
erhoben. So wird beispielsweise eine Aenderung der Aus-
bildungsvorschriften für die Reichswehr und der Vorschriften
für die Verwendung von Panzerkraftwagen gefordert.

Was die breitere Öffentlichkeit jedoch am meisten inter-
essiert, das ist die Forderung auf

Aenderung der Stellung des Generaloberst v. Seeckt.

Die Note besagt, die Interalliierte Militärkommission habe
im Laufe der Zeit festgestellt, daß General v. Seeckt zwar
formell nicht mehr Oberbefehlshaber der Reichswehr sei, in
Wirklichkeit jedoch die Oberbefehlshaberschaft nach wie vor
ausübe.

Diese Behauptung entspricht selbstverständlich nicht den
Tatsachen. Die Interalliierte Kontrollkommission weiß eben-
sogar wie jeder Deutsche, daß der Oberbefehl über die Reichs-
wehr dem deutschen Staatsoberhaupt, Reichspräsidenten
v. Hindenburg, zusteht und daß der Reichswehrminister
den stellvertretenden Oberbefehl innehat. Generaloberst
v. Seeckt ist diesen beiden Oberbefehlshabern nachgeordnet.
Die Interalliierte Kontrollkommission fordert nun plötzlich
die Errichtung der Stelle eines deutschen Generalissimus,
einer Stelle, die im Versailles-Vertrage überhaupt nicht vor-
gesehen ist. Diese merkwürdige Forderung verlangt, daß
einer der Gruppenkommandeure nunmehr zum militärischen
Oberbefehlshaber über die Reichswehr ernannt werde.

Die verschiedenen Noten werden gegenwärtig im Aus-
wärtigen Amt überseht und sollen dem auf einer Reise im
Rheinland befindlichen Reichskanzler Dr. Marx und dem
in Urlaub weilenden Reichsaußenminister Dr. Strese-
mann sofort zugestellt werden. Das Kabinett dürfte vor-
ausichtlich Ende dieser Woche zu den neuen Forderungen
der Entente Stellung nehmen.

England gewährt Frankreich Schuldennachlaß

Der Franc fällt trotzdem weiter.

London. Zwischen dem französischen Finanzminister
Caillaux und dem englischen Schatzkanzler Churchill
wurde das Schuldenabkommen abgeschlossen. Der französi-
sche Finanzminister soll allerdings, wie verlautet, in seinen

Erwartungen getäuscht sein, und die Hoffnung in Paris, daß
namentlich der Sturz des französischen Franc behoben sei, ist
erheblich abgeschwächt.

Der Text des Schuldenabkommens wurde
bisher noch nicht veröffentlicht, aber die Pariser Morgen-
blätter sind in der Lage, den Inhalt in seinen großen Linien
mitzuteilen. Danach sind die französischen Erwartungen in
vollem Maße erfüllt worden. Die

Gesamtschuld ist um 60 Prozent ermäßigt

worden. Die Zahlungen werden auf 62 Jahre
verteilt. Nach einem fünfjährigen Zahlungsnaß be-
trägt die Annuität 12½ Millionen Pfund Sterling. Die ge-
forderten Zahlungen der ersten Jahre werden nicht in voller
Höhe und auch erst in einem entfernten Zeitpunkt auf die
Annuität aufgeschlagen werden. Die Jahreszahlungen
während der Dauer des Moratoriums betragen vier Mil-
lionen Pfund Sterling. 1931 werden die vollen
Annuitäten erreicht werden.

Frankreich erhält im Falle des Versagens der
deutschen Zahlungen das Recht, eine Revision
des gegenwärtigen Abkommens zu fordern. Die britische
Regierung legt sich aber keineswegs auf den Umfang und die
Form dieser Revision fest. Mehr konnte Caillaux nicht
durchsetzen. Nirgends zeigt sich jetzt eine ernste Kritik an
dieser Bestimmung.

Im Anschluß an die Unterzeichnung nahm Caillaux
sogar die Besprechungen mit den englischen Finanzgrößen
auf, die im Verein mit den amerikanischen Bankiers Frank-
reich die Mittel für die

Stabilisierungsaktion im Wege des Kredits

sichern sollen. Daß keine Zeit mehr zu verlieren ist, beweist
der fortwährende Francsturz. Gleichzeitig mit dem
Londoner Aufenthalt des französischen Finanzministers
Caillaux in London erlitten die Währungen aller roma-
nischen Länder an der Londoner Börse einen empfindlichen
Sturz. Der belgische Franc erreichte einen neuen Rekord-
Tiefstand.

Ostpreußenfahrt des Reichsrats.

Marientburg. Die Mitglieder des Reichsrats, die sich
vom 13. bis 17. Juli auf einer Reise durch Ostpreußen be-
finden, trafen in Marientburg ein. Sie wurden bei
der Besichtigung der Ordensburg im Auftrage des Preußi-
schen Staatsministeriums und in Vertretung des Oberpräsi-
denten von Ostpreußen vom Oberpräsidialrat Dr. Herbst
willkommen geheißen, der in einer Ansprache daran er-
innerte, daß das deutsche Ostpreußen einst im Mittelalter
von fast allen deutschen Stellen, die Kolonisten nach dem
Osten sandten, geschaffen worden sei. So wäre auch die
Marientburg ein Heiligtum aller Deutschen und die

Sache Ostpreußens die Sache des ganzen Deutschen Reiches.

Der Redner wies dann weiter auf die besonderen Lasten
hin, unter denen Ostpreußen infolge seiner räumlichen
Trennung vom übrigen Reich auf Grund des

